

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/03/2009

**über die öffentliche Sitzung am 28.04.2009,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 22:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Christian Conring
Herr Rolf Griesenberg
Herr Detlef Levenhagen
Herr Horst Marzi
Herr Hartmut Möller

- i. V. f. Stadtverordnete Voss -

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Brandt
Herr Michael Stukenberg

- beratend -

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Hauke Feldvoss

- KiJuB (nur öffentl. Teil) -

Verwaltung

Frau Angela Haase
Herr Horst Kienel
Frau Christiane Link

- Protokollführerin -
- Berichterstatter -
- Wirtschaftsförderung -
- ab 09:30 Uhr -
- bis inkl. TOP 6 -

Frau Stefanie Mellinger

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Frau Birte Voss

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 02/2009 vom 24.02.2009
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Aktualisierung des Leitbildes für Ahrensburg sowie der strategischen Ziele für die Entwicklung der Stadt
- Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt - **2009/033**
7. Bericht zum Konjunkturprogramm II
8. Änderung der Bewilligungsbedingungen der Stadt Ahrensburg **2009/045**
9. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung **2009/046**
10. Verschiedenes
- 10.1. Ermittlung der Abschreibungen
11. Kenntnisnahmen
- 11.1. Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2009
- 11.2. Beratungskosten der Stadtverwaltung für die Erarbeitung des Haushalts 2009/ Umstellung auf die Doppik

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Koch, begrüßt die Anwesenden - insbesondere auch die anwesenden Einwohner - und eröffnet die heutige Sitzung des Finanzausschusses.

2 Festsetzung der Tagesordnung

- a) Die Tagesordnungspunkte 8 und 9 werden von der Tagesordnung abgesetzt und in die Sitzung Mai 2009 verlagert. Die Vorlage 2009/ 045 ist noch nicht erstellt, zu Vorlage 2009/ 046 besteht noch interner Abstimmungsbedarf.
- b) Tagesordnungspunkt 7 wird wie folgt korrigiert:
„Bericht zum **Konjunkturprogramm II**“
- c) Es besteht Einvernehmen, zu TOP 6 – Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt – in der heutigen Sitzung nicht zu beschließen, sondern Verständnisfragen zu klären und mögliche Stellungnahmen anzudiskutieren. Die Beschlussfassung zu Vorlage 2009/ 033 soll im Mai 2009 erfolgen.
- d) Herr Möller beantragt, TOP 15 öffentlich zu beraten. Die Verwaltung weist darauf hin, dass in Vorlage 2009/ 001 sensible Daten enthalten sind und Grundstücksangelegenheiten grundsätzlich nichtöffentlich behandelt werden. Der Vorsitzende erklärt, dass im Rahmen der Erörterung zu TOP 6 auch der Themenbereich „Erlenhof“ relevant sei und abstrakt erörtert werden könne. Herr Möller zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Mit den Änderungen zu a) und b) wird die Tagesordnung festgesetzt.

3 Einwohnerfragestunde

1. Herr Müller-Brangs erkundigt sich, wann die Thematik „**Nutzung des Rathauspavillons**“ im Finanzausschuss wieder erörtert werde. Der Vorsitzende erläutert, dass der Finanzausschuss für die Nutzungsvereinbarung zuständig sei, da in seiner Zuständigkeit die Gebäude liegen. Das inhaltliche Konzept sei aus seiner Sicht in dem für die jeweils angedachten Nutzungen zuständigen Fachausschüssen – für kulturelle Angelegenheiten im Bildungsausschuss – zu behandeln. Verwiesen wird auf handschriftlich Seite 13 (Seite 7 der Anlage 2) zu Vorlage 2009/ 033. Dort ist bisher nur der Finanzausschuss als zuständig vermerkt. Dieses ist um den Bildungs- und Kulturausschuss zu ergänzen.

Herr Kienel berichtet, dass die Konzepte der Interessenten vorliegen. Er ergänzt aus seiner Sicht, dass der Finanzausschuss in eine Bewertung der Konzepte einzubinden sei, da eine zeitlich begrenzte Nutzung sowie die Erhaltung oder der Abbruch des Pavillons gegeneinander und untereinander abzuwägen seien.

Herr Müller-Brangs erkundigt sich, ob er den Mitgliedern des Finanzausschusses – zur Beschleunigung der Informationen – sein an die Verwaltung gerichtetes Schreiben übersenden solle. Dieses wird bejaht.

2. Herr Giese vom THW bezieht sich auf TOP 6.1 des Protokolls des Finanzausschusses 2/2009, wonach das THW nicht für Kommunen zuständig sei. Dieses sei so nicht zutreffend. Zuständig sei das THW auch bei Stromausfall für z. B. das Rathaus Ahrensburg; die Gerätschaften stehen jedoch nicht immer vor Ort zur Verfügung, sondern z. B. in Hamburg, Lübeck oder Lauenburg und seien von dort anzufordern. Das Katastrophenschutzgesetz werde derzeit geändert, danach könne z. B. die Stadt mit dem THW eine entsprechende Vereinbarung für den Notfall abschließen.

Der Vorsitzende bedankt sich beim THW für diese Auskünfte. Die Stadt müsse generell die Frage klären, ob sie ein **eigenes Notstromaggregat** bräuchte. Der Berichterstatter weist darauf hin, dass die kommende Sitzung des Hauptausschusses auch zur Klärung dieser Frage im Rettungszentrum stattfände. Ferner erinnert der Vorsitzende daran, dass der Fachdienst ZGW noch an das THW sowie an die Feuerwehr herantreten sollte (siehe TOP 6.1; Protokoll vom 24.02.2009 des Finanzausschusses).

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 02/2009 vom 24.02.2009

Der Berichterstatter erinnert, dass der Finanzausschuss am 24.02.2009 das Protokoll vom 27.01.2009 auf Wunsch von Herrn Stukenberg geändert habe. Hiermit sei dieser jedoch noch nicht in vollem Umfang einverstanden gewesen und daraufhin gebeten worden, einen eigenen Textvorschlag einzureichen. Dieser lautet wie folgt:

Herr Stukenberg weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung des Finanzausschusses über den Antrag der FDP vom 14.01.2009 zu den finanziellen Auswirkungen des Schulgesetzes gesprochen wurde. Darin wird beantragt, das „die in den städtischen Schulen geplanten Ausgaben aufzuschlüsseln (sind) nach

1. durch die Umsetzung des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes von 2007,
2. durch weitergehende eigene Beschlüsse und
3. durch den baulichen Zustand“

(begründeten Ausgaben). Der zweite Absatz ist so in Ordnung.

Anmerkung der Verwaltung

Der 2. Absatz lautete: Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Haushaltssystematik eine derartige Kennzeichnung nicht vorsieht. Der Wunsch wird jedoch an die Schulverwaltung für eine Berichterstattung im Bildungs- und Kulturausschuss weitergeleitet.

Der Finanzausschuss trägt die Klarstellung in Absatz 1 mit.

Mit dieser Änderung ist daher das Protokoll Nr. 01/2009 vom 27.01.2009 abschließend genehmigt.

Dieser Tagesordnungspunkt war unter Genehmigung des Protokolls Nr. 01/2009 vom 27.01.2009 als TOP 4 auch Inhalt des Protokolls 02/2009 vom 24.02.2009. Weitere Änderungen werden nicht vorgetragen. Das Protokoll 02/2009 ist sowohl hinsichtlich des öffentlichen wie auch des nichtöffentlichen Teils ebenfalls hiermit genehmigt.

5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Auf den städtischen Konten sind zurzeit rd. 0,3 Mio. € verfügbar. An Tagesgeld sind momentan 9,3 Mio. € mit einem Zinssatz von nur noch 1,6 % angelegt. Zum Steuertermin 15.05.2009 werden Steuereinnahmen von 5,5 Mio. € erwartet, daneben Anfang Mai der Einkommensteueranteil von netto 1,89 Mio. €. Damit handelt es sich um Bestände von 17,1 Mio. €.

Den Beständen stehen bis zur 22. KW Ausgaben von rd. 3,72 Mio. € gegenüber für insbesondere der Zahlung der Kreisumlage, der Gehälter etc. An liquiden Mitteln stehen somit Ende Mai 2009 rd. 13,37 Mio. € zur Verfügung. Die Liquidität ist damit durchgehend vorhanden.

Herr Brandt erkundigt sich nach den Gewerbesteureinnahmen, insbesondere danach, ob sich die konjunkturelle Lage in Ahrensburg bereits negativ bemerkbar mache. Dieses wird vom Berichterstatter verneint. Durch das Finanzamt sind bisher noch keine größeren Veränderungen mitgeteilt worden. Durch die Presse ist aber bekannt, dass auch in Ahrensburg Firmen bereits kurzarbeiten (Prinovis, Maschinenbau). Die Verwaltung erwartet daher, dass die konjunkturelle Lage sich auch in Ahrensburg bemerkbar macht. Hinsichtlich der Einkommensteuer wird die Mai-Steuerschätzung erwartet.

Das Anordnungssoll der Gewerbesteuer liegt bei zurzeit 21,3 Mio. € bei einem Haushaltsansatz von 22 Mio. €.

6 Aktualisierung des Leitbildes für Ahrensburg sowie der 2009/033
strategischen Ziele für die Entwicklung der Stadt
- Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt -

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Mellinger für Rückfragen des Ausschusses anwesend.

1.1, Anlage 1 „Schaffung von zusätzlichen Wohneinheiten innerhalb der Bebauungsgrenzen Ahrensburgs“ sieht auch der Finanzausschuss seine Zuständigkeit. Nachgefragt wird, welche innerstädtischen Flächen der Stadt Ahrensburg zur Verfügung stehen. Frau Mellinger verweist auf den Planungsworkshop im Rahmen der Zukunftswerkstatt, wonach diese Flächen noch aufgezeigt werden sollen. Ein entsprechender Plan wird derzeit – unabhängig von Besitzverhältnissen – erarbeitet. Sie bietet an, die städtischen Flächen hierbei besonders zu kennzeichnen.

In diesem Zusammenhang fragt der Ausschussvorsitzende nach der Möglichkeit, die Kleingärten zu bebauen. Er bittet, diese Besitzverhältnisse zu prüfen. Aus seiner Sicht sollte eine Bebaubarkeit der Flächen Lindenhof, Alte Reitbahn u. ä. nicht im Zusammenhang mit der Schaffung von zusätzlichen Wohneinheiten näher diskutiert werden.

Herr Möller geht auf die Nachfrage zu den Kleingärten ein und bittet um grundsätzliche Prüfung zur Bebaubarkeit, da es sich zweifellos um innerstädtische Flächen handele. Evtl. könnten andere Flächen im Tausch den Kleingärtnern angeboten werden. Aus Sicht Herrn Möllers sei der Erlenhof auswärtiger gelegen, aber aufgrund der Bodenbevorratung durch LEG und der daraus resultierenden rechtlichen Lage ebenfalls in die Überlegungen zur Bebaubarkeit einzubeziehen, da die Entwicklung Ahrensburgs langfristig zu beurteilen sei. Auf Nachfrage teilt Frau Mellinger mit, dass aus ihrer Sicht der Erlenhof noch als innerstädtischer Bereich zu betrachten sei.

Herr Feldvoss weist zu 1.1 auf die Gewährung von städtischen Baudarlehen hin und bittet um Prüfung zu „WG-tauglichen Flächen“.

Der Vorsitzende geht auf die Aussagen Herrn Möllers zum Erlenhof ein und weist darauf hin, dass der Finanzausschuss zumindest die Aufgabe habe, auf finanzielle Folgen – sollte das Gebiet Erlenhof in die Überlegungen nicht einbezogen werden – hinzuweisen.

Es wird vereinbart, den Plan zur Kennzeichnung der noch freien innerstädtischen Flächen abzuwarten.

Zu 2.1.3 „Weiterentwicklung von Ahrensburg als Wohn-, Bildungs- und Arbeitsstättenstandort“ ist auf das Gewerbegebiet Beimoor Süd und dessen Erweiterung hinzuweisen. Herr Stukenberg verweist in diesem Zusammenhang auf die zu klärende DSL-Problematik.

Ein Ausschussmitglied verweist auf die Entwicklung im Gewerbegebiet West, wo Leerstand in größerem Ausmaße festzustellen sei. Hier sollte reagiert werden. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass diese Problematik über die WAS (Leerstandsverzeichnis von Flächen) aufgegriffen wurde. Herr Kienel regt an, sofern eine andere Nutzung im Gewerbegebiet West gewünscht wer-

de, auf Anpassungen im Rahmen des B-Planes hinzuwirken.

Der Vorsitzende fragt nach, ob bei 2.1.3 auch Aussagen zur Nordtangente getroffen werden sollten. Herr Stukenberg empfiehlt, zunächst die Verkehrszählungen im Gewerbegebiet und die Entwicklung der Verkehrsströme nach Errichtung des Haltepunktes Nord abzuwarten.

Aufgegriffen werden sollte aber im Zusammenhang mit einer Weiterentwicklung von Infrastruktur im Gewerbegebiet die LKW-Problematik. Ein Ausschussmitglied spricht sich dafür aus, Flächen für einen nächtlichen Verbleib bei Wartesituationen auszuweisen.

Zu 2.3.2 „Stärkung der Innenstadt“ verweist der Vorsitzende auf die Parkplatzsituation. Frau Mellinger berichtet, dass am 29.04.2009 im Bau- und Planungsausschuss das Einzelhandelsgutachten vorgestellt wird und lädt Interessierte hierzu ein.

Anlage 2, Leitgedanke 1

„Verlagerung der Firma Schacht und Nachnutzung des Firmengeländes für Wohnungsbau“

Der Vorsitzende fragt nach, wie Wirtschaftsförderung einen Anreiz für die Verlagerung der Firma Schacht schaffen könne.

„Prüfung der Einrichtung eines Ambulanzentrums im Gewerbegebiet West“

Es wird nachgefragt, was unter einem Ambulanzzentrum zu verstehen sei. Frau Mellinger berichtet, dass es sich hierbei um eine Anregung aus der Zukunftswerkstatt handele, die abgewogen und hier aufgenommen wurde. Bei dieser Beratung sei sie nicht anwesend gewesen, stellt sich hierunter aber eine Art Poliklinik vor. Der Vorsitzende teilt mit, dass die Stellungnahme aus seiner Sicht so lauten könnte, dass der Finanzausschuss hierbei – da die Stadt nicht über eigene städtische Flächen im Gewerbegebiet West verfüge – nicht behilflich sein könne. Zu verweisen sei auf die Reservierung des Geländes für einen Neubau der Klinik Ahrensburg in Beimoor Süd.

Anlage 2, Leitgedanke 2

„Ansiedlung neuer Unternehmen insbesondere aus dem Dienstleistungsbereich im Bereich des S-Bahn-Haltepunktes Gartenholz“

Es wird empfohlen, die nicht für den Haltepunkt benötigten „Springer“-Flächen für ein größeres Dienstleistungszentrum freizuhalten, daneben für die potentielle Erweiterung der P+R-Anlage des Haltepunktes.

„Prüfung der Möglichkeiten für die Realisierung eines Stadtbusses in Ahrensburg, Einführung möglichst bis 2010“

Der Finanzausschuss weist darauf hin, dass die Vertragsdauer bis 2013 gelte, sodass erst danach Möglichkeiten für die Realisierung eines Stadtbusses in Ahrensburg vorhanden sind.

„Zukunftsbude“ – Rathauspavillon als Informations- und Diskussionsstandort

Inhaltlich sollte auch die Zuständigkeit des Bildungs- und Kulturausschusses festgeschrieben werden (Anlage ergänzen). Es wird angeregt, diese Information bereits jetzt an diesen Ausschuss zu transportieren. Der Berichterstatter sagt zu, die Konzepte den Stadtverordneten für den Bildungsausschuss am 07.05.2009 zur Verfügung zu stellen. Es sei darauf zu achten, dass es sich um eine befristete Nutzung zu handeln habe.

Herr Griesenberg regt an, für die Sitzung am 07.05.2009 einen Vertragsentwurf zu entwerfen. Der Berichterstatter weist darauf hin, dass dieses aus zeitlichen Gründen nicht möglich sei.

Mit diesen Hinweisen wird die Vorberatung abgeschlossen. Der Vorsitzende bittet alle Fraktionen, textliche Stellungnahmen bis zu ihren Fraktionssitzungen im Mai zu entwerfen, sodass eine zügige Beratung im Rahmen der in der Vorlage genannten Zeitplanung möglich ist. Stellungnahmen sollten untereinander ausgetauscht bzw. der Verwaltung mitgeteilt werden. Er erbittet ferner Hinweise der Verwaltung zu diesen Themen.

7 Bericht zum Konjunkturprogramm II

Der Berichterstatter teilt mit, dass zum Konjunkturprogramm II für den Bereich **Bildung** vorrangig

1. die Dachsanierung des Schulzentrums Am Heimgarten (0,986 Mio. €) und
 2. die Sanierung des Rundbaues der Stormarnschule (0,570 Mio. €) gemeldet wurden, als
 3. Maßnahme die Kessel- und Verteilersanierung des Schulzentrums Am Heimgarten (0,206 Mio. €).
- Für den Bereich der „frühkindlichen Infrastruktur“, d. h. die Kindertagesstätten, werden
1. die Sanierung des Gebäudes der Kindertagesstätte Pionierweg (0,345 Mio. €) und
 2. die Fenstersanierung der Kindertagesstätte Schäferweg mit 0,18 Mio. € gemeldet.

Die Förderung im Rahmen des Konjunkturprogramms II liegt bei 75 %, so- dass die Gemeinde für den Bereich der Bildung 0,389 Mio. € für die ersten beiden Maßnahmen zu finanzieren hat und eine Förderung in Höhe von 1,167 Mio. € erfolgen könnte. Für das Kontingent Schulen liegt der Förderan- teil der Stadt Ahrensburg bei 1,160 Mio. €, sodass davon auszugehen ist, dass die ersten beiden Maßnahmen umgesetzt werden können.

Für den Bereich der Kindertagesstätten liegt die Förderung bei 0,392 Mio. €, sodass sie durch die beiden oben genannten Maßnahmen ebenfalls aufge- braucht ist. Der Eigenanteil der Kommune beläuft sich für den Bereich der Kindertagesstätten auf rd. 131.000 €.

Anfang April wurde durch das Innenministerium mitgeteilt, dass im Rahmen des Konjunkturprogramms II im Bereich **Städtebau** auch die energetische Sanierung/ Teilsanierung von Gemeinbedarfseinrichtungen oder deren An- passung an zeitgemäße Anforderungen der Barrierefreiheit förderfähig sei. Dem Hauptausschuss wurde daher am 27. April 2009 vorgeschlagen, auch die Fenstersanierung des Rathauses und des badlantic anzumelden. Für das Rathaus entstünden voraussichtlich Gesamtkosten von 2,5 Mio. €, von denen 75 % gefördert werden. Die Stadt hätte somit einen Eigenanteil von rd. 625.000 € aufzubringen.

Für das badlantic entstünden Kosten in Höhe von rd. 880.000 €, sodass die Bad GmbH einen Eigenanteil von 220.000 € aufzubringen hätte. Hinsichtlich dieser beiden Maßnahmen (Rathaus, badlantic) haben die Fraktionen noch Beratungsbedarf angemeldet und werden in der nächsten Sitzung am 05. Mai 2009 entscheiden. Hinsichtlich der Fenstersanierung des Rathauses wurde aber bereits grundsätzlich ein positives Signal erteilt.

Der Berichterstatter fragt nach der Auffassung des Finanzausschusses. Der Vorsitzende erläutert, dass der Finanzausschuss für das Rathausgebäude

zuständig sei. Aus seiner Sicht sollte die Anmeldung der Fenstersanierung des Rathauses für das Konjunkturprogramm II möglichst umgehend erfolgen. Der Finanzausschuss schließt sich mehrheitlich dieser Auffassung an.

Auf Nachfrage wird ausgeführt, dass die Stadt für die genannten Maßnahmen (ohne 3./ Bildung – SZH) einen Eigenanteil von rd. 1,36 Mio. € aufbringen müsste, der überwiegend noch nicht im städtischen Haushalt veranschlagt sei. Der Vorsitzende führt darüber hinaus aus, dass hinsichtlich der Stormarnschule die Kosten nur einen Teilbetrag darstellen und über eine Gesamtsanierung nachzudenken sei.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass für die Gebäudegrundsanierung der Stormarnschule für 2010 ein Ansatz von 1,0 Mio. € in den Finanzhaushalt 2010 eingestellt wurde, dieses verbunden mit einer Zuweisung in Höhe von 700.000 €. Da vielfach im Rahmen der Haushalte 2009 bis 2011 keine Mittel im Haushaltsplan enthalten sind, wären diese ggf. im Rahmen eines Nachtragshaushalts – sofern Ausführung oder Auftragserteilung in 2009 - abzuschließen.

Zur Fenstersanierung des Rathauses bzw. dem Wärmeverbrauch des Rathauses wird auf Nachfrage ausgeführt, dass das Rathaus gegenwärtig einen Erdgasverbrauch von **700.000 kWh** pro Jahr habe. Nach der Sanierung schätzt der Fachdienst Zentrale Gebäudewirtschaft den Gasverbrauch auf nur noch **400.000 kWh**.

8 Änderung der Bewilligungsbedingungen der Stadt Ah- 2009/045
rensburg

- e n t f ä l l t -

9 Änderung der Verwaltungsgebührensatzung

2009/046

- e n t f ä l l t -

10 Verschiedenes

- e n t f ä l l t -

10.1 Ermittlung der Abschreibungen

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass bisher noch nicht flächendeckend Abschreibungen im Haushalt 2009 veranschlagt sind. Dieses wird von der Verwaltung eingeräumt; aus Zeitgründen war dieses noch nicht möglich und soll im Rahmen eines Nachtrags 2009 erfolgen.

Auf Nachfrage wird ausgeführt, dass zumindest die Abschreibungskosten der stadt eigenen Kindertagesstätten im Verhältnis zur Beurteilung der Aufwendungen für nicht stadt eigene Kindertagesstätten von Bedeutung seien.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Haushalte bis inkl. 2008 für kostenrechnende Einrichtungen Abschreibungen enthalten haben und sich diese voraussichtlich auch nicht durch die Bewertung im Sachwertverfahren nennenswert verändern werden.

Anmerkung

Im Haushaltsjahr 2008 waren für Kindertagesstätten (UA 8840) Abschreibungen in folgender Höhe enthalten:

<i>Kindertagesstätte Pionierweg</i>	=	<i>18.400 €</i>
<i>Kindertagesstätte Schäferweg</i>	=	<i>70.000 €</i>
<i>Waldkindergarten</i>	=	<i>5.000 €</i>
<i>Kindertagesstätte Ahrensburger Redder</i>	=	<i>30.700 €</i>
<i>Kindertagesstätte Gartenholz</i>	=	<i>78.800 €</i>
<i>Kinderhaus Ahrensfelder Weg</i>	=	<i>9.200 €</i>
<i>Kindertagesstätte Hagen (Am Kratt)</i>	=	<i>6.200 €</i>

11 Kenntnisnahmen

11.1 Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2009

Der Berichterstatter teilt mit, dass mit Schreiben vom 15.04.2009 mitgeteilt wurde, dass die in der Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2009 aufgeführten und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Festsetzungen des Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen keiner Genehmigung nach § 95 p Satz 1 der Gemeindeordnung bedürften. Der Ergebnisplan des Haushaltsjahres 2009 und der drei nachfolgenden Jahre sei nach dem mittelfristigen Ergebnisplan ausgeglichen.

11.2 Beratungskosten der Stadtverwaltung für die Erarbeitung des Haushalts 2009/ Umstellung auf die Doppik

Das Rechnungsprüfungsamt hat – im Rahmen der Prüfung des Beratungsauftrages der Firma Petersen + Co. vom 05.07.2006 – empfohlen, über die Entwicklung dieses Auftrages den Finanzausschuss zu informieren.

Grundlage des Auftrages für die Beratung war der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.06.2006, wonach unter Beibehaltung der von der Firma CIP eingesetzten Software und mit externer Begleitung der Firma Petersen + Co. im Rahmen eines so genannten Geleitzuges mit anderen Städten (Bad Oldesloe und Bad Schwartau) die kommunale Doppik zum 01.01.2009 einzuführen war. Der Auftragsumfang wurde auf Basis eines Angebotes mit rd. 37.200 € geschätzt.

Tatsächlich wurden bis Ende 2008 rd. 44.500 € benötigt, dieses u. a. wegen erhöhter Beratungstage, Wegfall eines „Zahlungspartners“ (Anmerkung: Stadt Bad Schwartau) ab 2008 und erhöhter Mehrwertsteuer.

Ein anteilig für 2009 veranschlagter Betrag von rd. 6.200 € ist hierbei noch nicht berücksichtigt und wird in dieser Höhe für die in 2009 bis zum Haushaltsbeschluss erforderliche Beratungstätigkeit der Firma Petersen + Co. auch nicht mehr benötigt.

Im Rahmen eines Nachtragsauftrages – gezielt für die Begleitung der Stadt Ahrensburg zur Erstellung einer Eröffnungsbilanz – werden jedoch weitere Beratungsaufwendungen von rd. 11.000 € entstehen. Klargestellt wird, dass es um Auftragsauswertungen und nicht um Haushaltsüberschreitungen geht.

Der Finanzausschuss nimmt diese Ausführungen zur Kenntnis. Auf Nachfrage wird ausgeführt, dass die Eröffnungsbilanz bis Mitte 2009, spätestens Herbst 2009, erstellt werden soll.

gez. Tobias Koch
Vorsitz

gez. Angela Haase
Protokoll